

Drogenpolitik und Drogenkontrolle

Teil 1: Geschichte und Ideologie

Teil 2: Drogenweltmarkt und Entwicklungspolitik

Teil 3: Krieg, Drogen, "War on drugs"

Teil 4: Perspektiven internationaler Drogenpolitik

Teil1 Geschichte und Ideologie der internationalen Drogenpolitik

Die Illegalisierung bestimmter Drogen beruht kaum auf medizinisch und empirisch haltbaren Annahmen. Trotz Kriminalisierung der KonsumentInnen, ProduzentInnen und HändlerInnen und hoher Strafen ist die Durchsetzung deutlich gescheitert: Cannabis, LSD, Ecstasy, Kokain und Heroin sind ohne grossen Aufwand auf dem Schwarzmarkt zu bekommen. Trotzdem wird seit Jahrzehnten weltweit ein repressiver und prohibitionistischer Ansatz verfolgt.

VerliererInnen der herrschenden Drogenpolitik und des Drogenweltmarktes sind auf der einen Seite die NachfragerInnen, also die KonsumentInnen, die durch die Illegalisierung eine enorme künstliche Teuerung hinnehmen müssen. Auf der anderen Seite, zumindest im Falle der organischen Drogen, sind es die ursprünglichen AnbieterInnen, also die Bauern und Bäuerinnen, die Cannabis, Opium und Koka in den so genannten Entwicklungsländern anbauen. Ob ihr Dope oder Koks fair gehandelt wurde, interessiert die KifferInnen und KokserInnen in den Industriestaaten nicht. Und von den enormen Gewinnspannen des Drogenmarktes haben die AnbauerInnen jedenfalls wenig (*mehr dazu demnächst im 2. Teil*).

Alle Anderen, die am System des herrschenden Drogenkontrollregimes beteiligt sind, können von ihm profitieren: sei es durch direktes Geldeinkommen, die Garantie eines Arbeitsplatzes und die Möglichkeit zur beruflichen Profilierung, durch die politische Ausschlichtung von Vorurteilen und Mythen, durch Korruption und Geldwäsche oder durch die Ausschaltung von potenziellen Konkurrenzprodukten. Neben den DrogenhändlerInnen handelt es sich um: PolitikerInnen, Sicherheitskräfte, ärztInnen, TherapeutInnen, SozialarbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, Banken und die Gefängnis-, Waffen-, Chemie-, Pharma- und Genussmittelindustrie.

Tief verwurzelt in abendländischen Traditionen

Der Rahmen, in dem sich die eben skizzierten Interessengruppen eingerichtet haben, wurde durch die Drogenkonventionen der Vereinten Nationen abgesteckt...

Die 1. Konvention von 1961 konzentriert sich ausschliesslich auf organische Drogenpflanzen und den aus ihnen gewonnenen Produkten (z.B. Heroin oder Kokain). 1971 folgte die 2. Konvention, die sich auf chemisch gewonnene Drogen bezieht, z.B. LSD, Amphetamine und Medikamente.

Die 3. Konvention von 1988 schliesslich richtet ihr Augenmerk auf den Handel, die Geldwäsche und die Chemikalien, die zur Herstellung der Drogen benötigt werden. In diesem dritten Gesetzestext wurde eine repressive Drogenpolitik endgültig besiegelt: Artikel 3 listet unter der Überschrift "Verstösse und Sanktionen" einen umfangreichen Katalog von Straftatbeständen auf, der nahezu alle Handlungen im Zusammenhang mit

Drogenanbau, -produktion, -handel und -konsum umfasst und allen Unterzeichnerstaaten zwingend Strafverfolgung vorschreibt...

So gilt das Verbot bestimmter Drogen für den privaten Gebrauch heutzutage nahezu weltweit: Opium, Koka und Cannabis und alle aus ihnen gewonnenen Produkte plus diverse chemische Stoffe sind "illegal".

Wie konnte es dazu kommen? Die Ursprünge internationaler Drogengesetzgebung gehen auf das Wirken von christlichen TemperenzlerInnen, AbstinenzlerInnen und PuritanerInnen zurück, die Ende des 19. Jahrhundert als Ideal "einen reinen Geist im gesunden Körper" (Anima Sana In Corpore Sano) predigten. Vornehmlich konzentrierten sie sich auf Alkohol und konnten besonders in den USA, England und Schweden Fuss fassen - dort herrschen bis heute die restriktivsten Gesetzgebungen für die Abgabe von Alkohol.

Die Forderungen nach Enthaltensamkeit, die sich auch zum Teil mit der protestantischen Lustfeindlichkeit erklären lassen, weiteten sich bald auch auf andere Drogen aus. Hauptsächlich ging es dabei um Opium, und zusammen mit der Thematisierung von Alkohol konnten die PuritanerInnen um die Wende zum 20. Jahrhundert wegweisenden Einfluss auf die Regierung der USA erlangen. Die Durchsetzung der Alkoholprohibition, die von 1920 bis 1933 in den USA herrschte und letztlich scheiterte, war Höhepunkt dieses Einflusses.

Durch alle Schichten hinweg hatte im 19. Jahrhundert Opium grossen Anklang in Europa und Nordamerika gefunden und es war frei erhältlich (meist als Tinktur). Morphinum, ein aus Opium gewonnenes Alkaloid, war bereits 1803 entdeckt worden und wurde ab Mitte des Jahrhunderts zusammen mit der gerade erfundenen Spritze als Schmerzmittel genutzt. Bald kam der Begriff des "Morphiumhungers" auf und das Phänomen "Sucht" sickerte langsam in das kollektive Bewusstsein. Die langfristigen gesundheitlichen Schäden durch Alkohol- und Nikotinkonsum wurden dagegen kaum problematisiert oder medizinisch erfasst.

Die erste internationale Konferenz zum Thema Drogen fand 1909 in Shanghai statt, bezeichnenderweise unter dem Vorsitz eines Bischofs aus den USA. Neben den Vereinigten Staaten nahmen alle europäischen Kolonialmächte und China, Japan, Thailand, Iran, Russland und österreich-Ungarn teil. Sie vertagten sich ergebnislos, denn die Interessen waren zu unterschiedlich. Als bedeutende Weichenstellung muss aber gelten, dass eine Resolution, die zukünftig das Einbeziehen medizinischer Expertisen verlangte, deutlich abgelehnt wurde; bis in die heutige Zeit hinein sitzen auf den Drogenkonferenzen Diplomatinnen und Regierungsangestellte - medizinische Erkenntnisse fanden und finden kaum Gehör.

In Den Haag tage 1911 eine Folgekonferenz unter Teilnahme von VertreterInnen derselben Staaten. Es wurde eine "Opium-Konvention" verabschiedet, die, wie auch die ihr nachfolgende Drogenkonvention des Völkerbundes, in den folgenden Jahrzehnten international nur bedingt um- und durchgesetzt wurde. Erst mit der Gründung der Vereinten Nationen (UN) 1946 sollte sich das ändern. Die US-Regierung machte ihren Einfluss geltend, um den Komplex Drogen bei den künftigen UN nicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugeordnet zu sehen. Weiterhin sollten medizinische und soziologische Erkenntnisse von den Entscheidungsprozessen fern gehalten werden. Die jeweiligen Regierungen wurden explizit aufgefordert, in Drogenbelangen MitarbeiterInnen ihrer Strafverfolgungsbehörden zu entsenden. Zuständig wurde der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).

Ausschliesslich ein Problem der Sicherheit

Nach langer Vorbereitung wurde 1961 die oben erwähnte 1. Drogenkonvention auf einer Konferenz von 73 Staaten verabschiedet. Damit war auch die Einrichtung eines Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB) beschlossen, der über die Einhaltung und Umsetzung der Drogenkonventionen wacht. Generell sind in allen Gremien der UN die westlichen Industriestaaten am Drücker; im Bereich der Drogenkontrolle sind es die Hauptgeldgeber, die massgeblich auf die politische Linie Einfluss nehmen (vor allem Italien, England, USA, Japan, Schweden).

So wundert es kaum, dass die 13 Mitglieder des Rates bislang fast ausschliesslich aus dem Lager der drogenpolitischen Hardliner kamen. Sie gelten als "Hohepriester" der orthodoxen Drogenpolitik. Ihrer "theologischen" Herangehensweise folgend schlägt Peter Cohen vom niederländischen Zentrum für Drogenforschung (CEDRO) vor, die Drogenkonventionen als "religiöse Texte zu betrachten. Sie haben eine Patina innerer und unangefochtener Werte angenommen und eine Gemeinde von wahren Gläubigen und Neubekehrten zu ihrer Förderung um sich versammelt. Sie möchten eine Version der Menschheit verwirklichen, für die eine Abstinenz von gewissen Drogen ein Dogma ist, und zwar auf gleiche Weise, wie andere religiöse Texte bestimmte Nahrungsmittel oder Aktivitäten verbieten können."

überzeugungstäter mit grosser Portion Doppelmoral

Seit Jahrzehnten gedeiht der Drogenweltmarkt - trotz aller Bemühungen des "War on Drugs" - gut. Die Verfügbarkeit und Qualität der Drogen ist besser denn je und die Preise sinken. Diese Fakten werden seitens der Drogenbehörden geflissentlich ignoriert oder durch statistische Spielereien schöngefärbt. Die UN ruft im Jahrzehnte-Rhythmus Fristen aus, die eine "Drogenfreiheit" der Welt bis zu einem bestimmten Datum anstreben. Bisher hat es nicht geklappt, jüngst heisst es seit 1998 "a drug free world is possible" und zwar soll es 2008 soweit sein. Aber selbst der Direktor des UN-Büro für Drogen und Kriminalität (UNODC), Antonio Maria Costa, gestand 2003 zur Halbzeit ein, dass es sich bei diesem Vorhaben um ein "immer noch entferntes" Ziel handeln würde.

Die den Religionen eigene Irrationalität führt bei der "Kirche" der Drogenprohibition dazu, dass die Auswirkungen der angeblichen "Kulturdrogen" der westlichen Welt, also Alkohol und Nikotin, nicht in einen Zusammenhang mit den illegalisierten Drogen gebracht werden. So wird in der bürgerlichen Presse jährlich über die relativ geringe Zahl an Opfern durch "Drogenmissbrauch" berichtet, aber die Todesfolgen durch den Konsum von Alkohol und Nikotin werden nicht erwähnt. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) spricht im Zusammenhang mit diesen Zahlen von einer "kollektiven und politischen Wahrnehmungstörung". 160.000 Drogentote, nicht 1.835, gäbe es im Jahr. Darüber hinaus wundert sich die DHS, dass potenziell tödliche Drogen als "Genuss- oder Lebensmittel" bezeichnet würden.

Die Doppelmoral beim Thema Drogen tritt sichtbar zu Tage: PolitikerInnen, die eine harte Hand gegen DrogenkonsumentInnen fordern, treten bei Massenbesäufnissen wie dem Oktoberfest oder Karnevalsveranstaltungen auf. Das "Doping" im Sport, das meist unter der Überschrift "unfares Verhalten" abgehandelt wird, ist Auswuchs einer Leistungsgesellschaft, das hier medial zu Tage tritt und ansonsten totgeschwiegen wird: Die alltägliche Einnahme von Medikamenten zur Beeinflussung von Körper und Geist, um mit den Lebensumständen zu Rande zu kommen, ist mittlerweile "normal" geworden. Die Zahl von 1,4 Mio. Medikamentenabhängigen spricht für sich.

Allerdings sollte man vorsichtig sein, wenn man Vokabeln wie "süchtig" oder "abhängig" benutzt. Scheinbar ist allen klar, was damit gemeint ist, dabei

sind die Definitionen denkbar wage. Sie sind von oben erwähntem puritanischem Menschenbild geprägt, dem jeglicher Kontrollverlust über das Selbst ein Graus ist. Jemand, der/die als "Süchtige/r" oder "Abhängige/r" klassifiziert wird, gilt generell als "krank" und ihr/ihm wird die Fähigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Dass Menschen sich auch mit einer "Sucht" arrangieren können, kommt in diesen Konzepten nicht vor. Das Elend der "Junkies" dient in der Öffentlichkeit als abschreckenden Beispiel und prägt das allgemeine Bild des/der "Abhängigen".

Da hauptsächlich solch extreme DrogennutzerInnen in Kliniken und therapeutischen Einrichtungen landen, sind in der Regel nur sie als Forschungsobjekte verfügbar. Die meisten KonsumentInnen von illegalisierten Drogen pflegen eine Drogenpraxis in privaten Räumen oder im gesellschaftlich akzeptierten Rahmen; sie leben ein "geregeltes" Leben und fallen mit ihren Formen von "süchtigem" Verhalten nicht weiter auf. Insofern halten sie auch wenig Einzug in wissenschaftliche Studien.

Der Verstand setzt aus und die Ressentiments ein

Wenn es um illegalisierte Drogen geht, setzen der Verstand aus und die Ressentiments ein. Die Mythologisierung und Verteufelung der Drogen müssen als Projektion derjenigen betrachtet werden, die sie betreiben. In ihr offenbart sich deren simpeles Weltbild, das die Welt in schwarz und weiss teilt. Das Gerede von "bösen" Drogen oder von der "Seuche Cannabis", wie der Spiegel erst kürzlich in reaktionärer und tendenziöser Weise titelte (27/04), betreibt Desinformation. So hält sich z.B. hartnäckig das Gerücht, dass Cannabis eine Einstiegsdroge sei, obwohl alle ernst zu nehmenden Untersuchungen diesen Effekt vor allem Alkohol zuschreiben.

Im Zusammenhang mit der Wortschöpfung "Drogenkontrolle" bekommt die Verbreitung falscher Tatsachen einen Sinn und leistet Vorschub. "Kontrolliert" werden soll nicht das willenlose Ding Droge, sondern der Mensch, der mit ihr im Zusammenhang steht. In den nächsten Teilen der Serie wird das Bild dieses Kontrollregimes an Konturen gewinnen. Betont sei hier zum Abschluss, dass es sich bei den IdeologInnen der Drogenprohibition um FanatikerInnen handelt. Denen fällt bei der Frage, was man mit dem Bösen oder einer Seuche macht, nur ein Wort ein: Ausrotten.

2. Teil: Drogenweltmarkt und Entwicklungspolitik

Der ersten Teil dieser Serie (ak 488) betrachtete die Ideologie der internationalen Drogenpolitik. Dabei handelt es sich um einen quasi religiösen Dogmatismus inklusive der üblichen Doppelmoral, die sich in der Ignoranz und Inkonsequenz gegenüber den Folgen der Drogen Nikotin und Alkohol zeigt.

Dass die Grenze zwischen Droge und Medikament fließend ist, zeigt sich an der Bedeutung des Opiums für die Pharmaindustrie. Der legale Weltmarkt für Opiate, die für den privaten Gebrauch verboten sind, ist lukrativ und wird in der Drogenkampfrhetorik nie erwähnt. Egal ob legal oder illegal - beide Märkte sind dominiert von den Interessen der Industrieländer - unter deren EinwohnerInnen finden sich die grössten Medikamenten-/Drogenkonsumenten. Die EinwohnerInnen der traditionellen Anbauländer organischer Drogenpflanzen kommen dagegen auch beim Thema Drogen meist nur in den Genuss sich "entwickeln" zu lassen.

Die Grösse des illegalisierten Drogenweltmarkts ist umstritten. Die UN

sprachen Ende der 1990er Jahre von 400 Milliarden US-Dollar, die im Drogenhandel jährlich umgesetzt werden. Das wären 8% des globalen Welthandels. Ernst zu nehmende Studien lehnen die UN-Zahl als wesentlich zu hoch ab und sprechen - je nachdem welche Faktoren man einbezieht - von Summen zwischen 25 und 280 Milliarden US-Dollar.

Wichtig ist, welche Preise man als Grundlage für die Berechnung benutzt. Beispielsweise beträgt der Einkaufspreis von einem Kilo Kokain für den Export aus einem Andenstaat ca. 1.500 US-Dollar, der "Grosshändler"-Preis in den USA liegt bei 18.000 US-Dollar und der Strassenverkaufspreis kann 120.000 US-Dollar erwirtschaften. Zudem ist es schwer möglich, einen Schwarzmarkt mit dem legalen Weltmarkt zu vergleichen, denn die Bedingungen sind äusserst ungleich, denn beim verbotenen Drogenhandel schlagen noch Transportumwege und Verluste, Bestechungen und Geldwäsche, Zwischenhändler und schwierige Organisationsbedingungen zu Buche.

Gleichwohl könnte man in Zeiten des viel gelobten Freihandels den illegalisierten Drogenweltmarkt als Musterschüler bezeichnen - wenn da nicht die widrigen Bedingungen der riskanten Handelschranken wären, die aus jahrelangen Haftstrafen oder sogar Todesstrafen bestehen. Ansonsten organisiert sich das Geschäft aber dank der "unsichtbaren" Hand des Marktes äusserst flexibel; bestimmender Faktor ist die ungebrochene Nachfrage nach Drogen. Dabei kommt es über die Jahre zu einschneidenden Verschiebungen der Produktionsstätten und Handelsrouten, aber die Verfügbarkeit von Drogen für die Kunden ist weltweit kontinuierlich stabil geblieben. Dass die Produktion in Burma, dem zweitgrössten illegalen Opiumproduzenten auf dem Globus, seit Jahren schrumpft, wird beispielsweise von der internationalen Drogenkontrollbehörde als Zeichen ihres Erfolgs gefeiert.

Zwei Umstände bleiben dabei jedoch unerwähnt: Das burmesische Heroin, das bis in die 1990er Jahre hauptsächlich den nordamerikanischen Markt abdeckte, ist fast gänzlich durch Heroin aus Mittel- und Südamerika ersetzt worden. Und zweitens haben sich die Drogengeschäftsleute in Burma dem neueren Marktsegment der Amphetamine zugewandt. Seit einem guten Jahrzehnt boomt im gesamten südost- und ostasiatischen Raum die Nachfrage nach den billigen Speedpillen. Mittlerweile werden sie in Milliardenmengen in Burma produziert.

Die Strafen, die wegen der Drogenprohibition drohen, sind jedoch gerade Ursache dafür, dass hohe Gewinnspannen auf dem illegalisierten Drogenmarkt zu erzielen sind. Es ist das Risiko, das die Preise hochtreibt. Deutlich wird das im Vergleich mit den Preisen der auf dem legalen Markt erworbenen Substanzen: Die Schweizer Regierung kaufte etwa 2001 ca. 25kg Heroin für die Vergabe an so genannte Schwerstabhängige. Sie zahlte dafür rund 120.000 US-Dollar - also knapp fünf Dollar für das Gramm mit 100%-Reinheitsgrad. Der Strassenpreis dieser Menge hätte für den privaten User auf dem Schwarzmarkt bei über 3 Mio. US-Dollar gelegen; das Gramm zum Preis von 100 US-Dollar und gestreckt auf eine Reinheit von 20 bis 40%.

Wo kauft die Schweizer Regierung eigentlich mal eben 25kg pures Heroin? In diesem Fall war der Weg zum Dealer nicht weit. Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB), eine Institution der UN mit Sitz in Wien, regelt den Anbau und Handel mit allen für den privaten Gebrauch verbotenen Drogen. Der INCB war 1968 eingerichtet worden und wacht seitdem über die Umsetzung und Einhaltung der drei Drogenkonventionen der UN, die mittlerweile nahezu jeder Staat dieser Erde unterzeichnet hat. Für wissenschaftliche und medizinische Zwecke dürfen die ansonst verbotenen Drogen unter Auflagen produziert und verwendet werden, weswegen der Bedarf eines Landes jährlich beim INCB angemeldet werden muss.

Musterschüler des Freihandels

Die Zwiespältigkeit des Begriffs "Droge" kann zu anscheinend widersprüchlichen Handlungen seitens PolitikerInnen und Verwaltungen führen. Sprachgeschichtlich meint "Drogerie" Geschäfte, die heutzutage hauptsächlich Hygieneartikel anbieten. "Droge" basiert etymologisch auf "trocken" und war einst eine Bezeichnung für getrocknete Kräuter, Gewürze und pharmazeutische Mittel. Das Gebaren des Suchtstoffkontrollrats, dessen Mitglieder im ersten Teil dieser Serie als "Hohepriester" der Kirche der Drogenprohibition beschrieben worden waren, geisseln jedes Jahr die Verstösse gegen die internationalen Drogenkonventionen und klagen über den "illegalen" privaten Drogenkonsum. Aber in der Tradition der Predigern oft eigenen Bigotterie handelt es sich bei dem INCB auch um den grössten Dealer der Welt.

Der INCB verschiebt vor allem Opium und die aus ihm gewonnenen Derivate. Von Kokain wird weltweit gerade einmal eine Tonne und von Cannabis 5,4 Tonnen für medizinische Zwecke benötigt. Wesentlich bedeutender ist der Bedarf an Kokablättern, den nur Peru legal decken darf. Mit Abstand der grösste Abnehmer sind dafür die USA; im Jahr 2002 kauften sie 114 Tonnen Blätter. Sie werden nahezu ausschliesslich für die Herstellung eines rauschstoffarmen Geschmacksstoffes für einen Softdrink namens Coca-Cola benötigt.

Der grösste Dealer der Welt

Im globalen Kampf gegen die Drogen und vor allem gegen die "Heroinpflanze" Opium wird selten erwähnt, dass die legale Opiumlandwirtschaft im Jahr 2002 nahezu 5.200 Tonnen Opium produziert hat. Das waren 700 Tonnen mehr als der geschätzte illegalisierte Anbau im gleichen Jahr. Aus Opium werden von der Pharmaindustrie vor allem die Derivate Morphin und Codein gewonnen. Deutsche Firmen bestellten im Jahr 2003 knapp zwei Tonnen Morphin und gut siebeneinhalb Tonnen Codein; zu deren Herstellung bedurfte es 100 Tonnen Opium. Die Medikamentenhersteller in den USA orderten 129 Tonnen Morphin, 77 Tonnen Codein und 440 Tonnen Opium - benötigten also allein schon einen Anbau von insgesamt über 2.400 Tonnen Opium.

Die grössten Anbauländer legalen Opiums waren im Jahr 2003 Australien (2.300 Tonnen), Frankreich (1.100 Tonnen), die Türkei (1.000), Indien (550 Tonnen) und Spanien (450 Tonnen). Dagegen wurde in Afghanistan im Herbst dieses Jahres eine Opiumernte von vermutlich über 4.000 Tonnen eingefahren, die Anbaufläche soll sich um 60% gegenüber dem letzten Jahr vergrössert haben. Die Drogenökonomie entsprach dort im Jahr 2003 über der Hälfte des Bruttoinlandproduktes von 2,3 Milliarden US-Dollar (zum Vergleich: Deutschland 1.900 Mrd. US-Dollar).

Der Vorschlag, dem "Least-Developed-Country" Afghanistan eine Lizenz für den legalen Opiummarkt zu erteilen, verhinderten allerdings vor kurzem die jetzigen Anbaustaaten, die mit Ausnahme von Indien und der Türkei alles andere als traditionelle Opiumanbauländer sind. Alle gemeinsam haben jedoch wenig Interesse an Konkurrenz aus den "Entwicklungsländern" und halten an der Kriminalisierung der Drogenbauern in der "3. Welt" fest. Stattdessen kommen neben Afghanistan dafür auch Burma und die Kokaländer Peru, Bolivien und Kolumbien in den Genuss der so genannten Alternativen Entwicklung.

Das Konzept klingt schlüssig. Als Alternative zu den Drogenpflanzen sollen die Bauern einfach andere "cash crops" anbauen. Mit einer ganzen Palette von Entwicklungsbemühungen soll ihnen geholfen werden, sich dann etwa mit Spargel oder Kakao auf dem regionalen Markt oder sogar dem

Weltmarkt zu behaupten. Ob in Zeiten von geschützten Agrarabsatzmärkten, über die bei WTO-Verhandlungen weiterhin gestritten wird, solch ein Ansatz aufgehen kann, muss hier offen bleiben. Jedenfalls meinen die Missionare diverser Entwicklungsorganisationen auf diese Weise der Drogenökonomie ein Schnippchen schlagen zu können. Im Kleinen kann das tatsächlich gelingen und Dörfern oder ganzen Regionen nützen.

Doch führte der Anreiz, in den Genuss von Entwicklungsgeldern zu kommen, mancherorts auch dazu, dass Bauern erst deswegen beginnen Drogenpflanzen anzubauen. Und bei den Regierungen der entsprechenden "Entwicklungsländer" führte es dazu, dass sie sich vollmundig dem "Kampf gegen Drogen" verschreiben. Einen Haufen Säcke Waschpulver als Kokain oder Heroin deklariert, lässt sich gut und einfach öffentlichkeitswirksam verbrennen.

Oft gibt es aber mehr als deutliche Hinweise, dass Regierungsangehörige selbst in den Drogenhandel verwickelt sind, siehe beispielsweise Kolumbien oder Afghanistan. Und praktischerweise lassen sich die mit Entwicklungsgeldern erbauten neuen Strassen, die in bislang schwer erreichbare Gebiete der jeweiligen Länder reichen, für polizeiliche oder militärische Einsätze nutzen. So können über die neuen Wege einerseits Aufstandbekämpfungsmassnahmen rollen, aber auch die Drogen komfortabler und schneller verschoben werden.

Problematisch ist auch, dass die Gelder für "Alternative Entwicklung" nur solange fließen, bis das Ziel erreicht ist: die Eliminierung des Drogenanbaus in einem bestimmten Gebiet. Langfristige Massnahmen werden kaum finanziert. Die Entwicklungsgelder der Industriestaaten sind knapp bemessen und Verteilungskämpfen unter staatlichen Organisationen und NGOs des Nordens ausgesetzt. Zudem schwingt beim Konzept "Alternative Entwicklung" immer die Drohung mit, wenn es nicht funktioniert, wird mit Gewalt der Anbau unterbunden.

Absurd wird es dann, wenn im Auftrag der USA Flugzeuge in den Anden grossflächig Pflanzenvernichtungsmittel versprühen und so jahrelang mühsam gehegte alternative Entwicklungsprojekte in minutenschnelle eliminieren (mehr dazu im Teil 3). So bleibt den Bauern nicht einmal die Wahl zwischen Zuckerbrot und Peitsche, sie sind ohne Einfluss höheren Mächten ausgesetzt. Doch egal wie, der "Ballon-Effekt" führt beim Drogenanbau dazu, dass, wenn Druck ausgeübt wird, woanders eine Ausweitung stattfindet.

Zuckerbrot und Peitsche

Es gibt offensichtliche Parallelen zwischen der "Kirche" der Drogenprohibition und dem Glauben an "Entwicklung". Beide sind Ideologien, die sich seit Jahrzehnten als unwirksam erwiesen haben, aber trotz offensichtlicher Mängel und Falschannahmen unangefochtene Konzepte bleiben. Beide gleichen sich in ihrer Borniertheit und dem Festhalten an ersichtlichen Irrungen: Entwicklung geht davon aus, dass unendliches wirtschaftliches Wachstum in einem endlich grossen ökosystem möglich wäre und dass Wachstum automatisch zu Wohlstand in einer Gesellschaft führt ("trickle down effect").

Drogenkontrolle, die nichts anderes meint als Prohibition, verbietet sich das Eingeständnis, dass Menschen Drogen konsumieren wollen und unter Umständen müssen. "Drogenfreiheit" ignoriert Alkohol und Tabak, die durch eine selektive Wahrnehmung und Ignoranz in weiten Teilen der Gesellschaft nicht als Drogen verstanden werden. Die Überzeugung, dass eine "richtige" Entwicklung nur hin zu Demokratie und freier Marktwirtschaft führen kann, ähnelt der ebenfalls ungläubwürdigen Überzeugung, dass nur das Streben nach einer "drogenfreien" Gesellschaft "richtig" sein kann.

Opfer der Drogenprohibition sind vornehmlich die Bauern in den Anbauländern. Abgesehen davon, dass ihnen das Recht abgesprochen wird, traditionelle Heil- und Nutzpflanzen anzubauen, werden sie kriminalisiert und teilweise regelrecht bekriegt. Um dies zu ändern, sollte nur ihnen zugestanden werden, die Landwirtschaft für die medizinische Nutzung von Drogenpflanzen zu betreiben. Das wäre selbst innerhalb der jetzt gültigen internationalen Drogengesetzgebung machbar. Besser wäre es aber, den Drogenkonsum weltweit zu legalisieren und zu regulieren. Dann hätten die Drogenbauern einen einzigartigen Vorteil auf dem sonst vom Norden beherrschten Agrarmarkt.

3. Teil: Krieg, Drogen, "War on Drugs"

Teil 3 der Serie "Drogenpolitik und Drogenkontrolle" handelt von Krieg, Kämpfen, Drogen und Gewalt. Es geht um die Rolle von Drogen in Kriegen und die desaströse Politik des "War on Drugs".

Ob es Wein, Haschisch oder Opium war, mit dem sich die Assasine zudröhnten, ist umstritten. Auf jeden Fall sollen Drogen im Spiel gewesen sein, wenn die Prototypen der Selbstmordattentäter damals im 11. Jahrhundert vom "Alten Mann vom Berg" als tödliche Abgesandte zu den Herrschern in Bagdad geschickt wurden. Ein knappes Jahrtausend später warfen die Soldaten der Nazi-Wehrmacht Amphetamine ein, um den Krieg durchzustehen. Und im April 2001 wurden in Afghanistan vier kanadische Soldaten von einem US-amerikanischen Kampfflugzeug durch "friendly fire" in den Soldatenhimmel pulverisiert. Die beiden Piloten standen ebenfalls unter Speed - offensichtlich hatte die "Go-Pill" bei den Fliegern zu viel Tatendrang geweckt.

Waffe im Kampf gegen den Kommunismus

Kampf, Krieg und Drogen - auf unterschiedlichsten Ebenen sind die Themen miteinander verschränkt. Das Spektrum der Einsatzmöglichkeiten von Drogen reicht von der Zwangsverabreichung von "Medikamenten", um Gefangene gefügig zu machen, bis zur Finanzierung ganzer Kriege durch Gewinne aus dem Drogenschwarzmarkt. Bei der Betrachtung solcher Vorgänge droht Gefahr, in die Gefilde der Verschwörungstheorien abzurutschen: Immer wieder scheinen "Geheimdienste" ihre Finger im Spiel zu haben, und in deren Natur liegt es, dass über ihr Handeln wenig bekannt ist - aber desto mehr spekuliert und fabuliert wird. Unbestritten scheint aber zu sein, dass die Geschichte von Geheimdiensten und ihren Verbindungen zur "Unterwelt" und zu "Befreiungsbewegungen" einem Fortsetzungsroman gleicht.

Während des Kalten Krieges hatte die Bekämpfung des Kommunismus Priorität, und "all means necessary" waren gerechtfertigt, den Sieg der "freien Welt" zu befördern. Der Aufstieg des südostasiatischen Länderdreiecks Laos, Burma und Thailand zu einem der bedeutendsten Opiumanbaugebiete der Welt, dem "Goldenen Dreieck", lässt sich nur hinsichtlich seiner Lage auf dem grössten Schlachtfeld des Kalten Krieges verstehen. Die Unterstützung des CIA für die Nationalchinesen, die 1949 den Kampf gegen die chinesischen Kommunisten verloren, legte den Grundstein für den rapiden Anstieg der Opiumaussaat in Burma - bis heute der zweitgrösste Opiumproduzent der Welt.

Oder die Kooperation mit den Contras in Nicaragua (1983-1987) seitens des CIA gegen die Sandinisten: Sie fand mit Kenntnis des Geheimdienstes über die Verstrickung der Contras in den Kokainhandel statt. Der Kampf der

Mudschahedin gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan (1979-1989) wurde ebenfalls vom CIA unterstützt, auch das in eindeutiger Kenntnis der Finanzquelle durch Opium- und Heroinhandel. Direkt daran anknüpfend erfuhr auch Osama Bin Laden von den USA finanzielle Unterstützung; die so genannte Nordallianz im Krieg der USA und ihre Alliierten gegen Afghanistan 2002 wurde von der "Achse des Guten" gefördert - die Finanzquelle der Warlords war (und ist) Opium bzw. Heroin. Aber auch die UCK, die "Befreiungsarmee des Kosovo", finanzierte ihre Waffenkäufe über den Heroinhandel und erfuhr in den 1990er Jahren Unterstützung US-amerikanischer und westeuropäischer Geheimdienste, darunter dem deutschen Bundesnachrichtendienst.

Labsal des Krieges und der Krieger

Teil dieser (Bürger-)Kriegs-ökonomien ist immer der Handel mit Kriegsgerät. Die Fabriken und Forschungseinrichtungen der Waffenindustrie stehen in den westlichen Industrieländern; Empfänger der "Sicherheitstechnik", vulgo Waffen, sind offiziell Sicherheitskräfte, Militär und Polizei. Indirekt, über Drittländer und Zwischenhändler organisiert, sind aber auch Bürgerkriegsparteien und kriminelle Vereinigungen willkommene Kunden. Diese finanzieren, wie obige Beispiele zeigen, nicht selten ihre "Befreiungskämpfe" und Aktivitäten durch Drogenhandel. Unter diesen Umständen hat die Rüstungsindustrie - ohnehin eine "Wachstumsbranche" - wenig Interesse daran, dass der "Krieg gegen die Drogen" je beendet wird, versorgt sie doch die "Truppen" auf beiden Seiten der "Front" - Drogenverfolger wie Drogenhändler.

Doch bilden Drogen nicht nur als Zahlungsmittel die Grundlage von Bürgerkriegen. Eine wichtige Rolle spielen sie auch immer für den oder die einzelne/n KämpferIn. Legalisiert firmieren Drogen als Schmerzmittel, beispielsweise Morphium, und es gibt sie nur, wenn man kaputtgeschossen wurde. Aber zwischen den Kampfhandlungen will das erlebte und vollbrachte Grauen kompensiert werden. Im Vietnamkrieg (1964-1975) zum Beispiel waren Opium, Heroin und Cannabis direkt vor den Stützpunkten zu erstehen; die Drogen waren billig und von guter Qualität: Rund ein Drittel der US-Soldaten nahm im Laufe der Zeit regelmässig Opium bzw. Heroin zu sich.

In einer Untersuchung darüber heisst es: "In Vietnam ist der Gebrauch von Heroin zu so einem Gemeinplatz unter den GI geworden, dass das traditionelle Tabu der amerikanischen Mittelklasse gegenüber Drogen durchbrochen wurde." Da ab 1968 der starke Konsum auch seitens der Militärführung nicht mehr ignoriert werden konnte, wurden zurückkehrende US-Einheiten aus Vietnam meistens in Deutschland (Schweinfurt oder Augsburg) für einige Zeit geparkt, um keine "Drogenwracks" in die USA zurückkehren zu lassen. Kaum verwunderlich, dass im Herbst 1968 das erste Heroin in Süddeutschland auftauchte.

Zu dieser Zeit, 1971, hatte der US-Präsident Richard Nixon Drogen zum "Public Enemy No. 1" erklärt. Ronald Reagan liess 1982 verlauten: "Drugs are bad and we are going after them." George Bush senior, ein bedeutender Tabakfirmenlobbyist, eröffnete 1989 die bis heute anhaltende Kriegsrunde. 25 US-Behörden sind in den "War on Drugs" involviert. Trotz wachsender Repression, Überwachung usw. stieg aber gleichzeitig die Verfügbarkeit und Qualität der illegalisierten Drogen und es sank ihr Strassenpreis in den USA. Und das, obwohl dort 2001 zum Zwecke der Drogenkontrolle insgesamt 33 Milliarden US-Dollar ausgegeben wurden.

Neben dem Kontrollapparat der Vereinten Nationen betreibt die USA ein eigenes Drogenkontrollprogramm. Satelliten vermessen mögliche Anbauflächen, und die Vergabe von bilateralen Entwicklungsgeldern ist eng an die Einhaltung der Drogenprohibition des jeweiligen Landes geknüpft.

Der "War on Drugs" ist ein weltweiter und am fortgeschrittensten ist er in Kolumbien. Der "Plan Columbia", der von der kolumbianischen Regierung mit der Clinton-Regierung 1999 zur Beendigung des langjährigen Bürgerkriegs auf den Weg gebracht wurde, sieht auch die Bekämpfung des Kokaanbaus und Kokainhandels als ein zentrales Element vor. Darüber hinaus sind mittlerweile die drei bedeutendsten Guerillagruppen im Lande von der US-Regierung als Terroristen eingestuft worden.

Militarisierung nach Innen und Aussen

Seit Jahren versprühen US-amerikanische Kleinflugzeuge grossflächig Pflanzenvernichtungsmittel über vermeintlichen Kokaanbaugebieten in den Anden - letztes Jahr sollen 100.000 Hektar davon betroffen gewesen sein. Vernichtet werden dabei auch die Erträge von Nutzpflanzen. Die Nebenwirkung der Gifte auf Mensch und Tier ist umstritten. Nachdem 2000 nach Protesten aus Kolumbien und von internationalen Kreisen die Arbeit an einer biologische Lösung anscheinend eingestellt wurde, brachten US-Behörden im Frühjahr diesen Jahres - auch angesichts der erwarteten grossen Opiumernte in Afghanistan - die Idee erneut auf die Agenda: Eine Art Pilz (Fungus *Fusarium oxysporum*), an dessen Strängen offenbar seit Jahren unter Millionenaufwand in den USA geforscht wird, soll ausgebracht werden. Er vermehrt sich von alleine und frisst Drogenpflanzen auf. Hinweise auf das Verbot "biologischer Kriegsführung" und die Sorge über unkontrollierte Ausbreitung des "Bio-Herbizids" werden in ihrer Euphorie von den Drogenpolitik-Hardliner ignoriert, die hoffen, damit Koka-, Opium- und Cannabisanbau endgültig erledigen zu können.

Der "War on Drugs" äussert sich aber nicht nur aussenpolitisch, sondern führt in den USA auch zu einer Militarisierung nach innen: Fast jede US-amerikanische Kleinstadt hat heutzutage eine paramilitärische Special Weapons and Tactics-Einheit (SWAT), die oft Einsätze zur Drogenbekämpfung durchführt, bei denen immer wieder unschuldige Opfer zur Strecke gebracht werden. Die US-Drogenbehörden haben mehr verdeckte Ermittler als jede andere Polizeibranche. Da jeder ein getarnter Drogenhändler sein könnte, ist es ihnen fast überall erlaubt, Telefongespräche und Wohnungen abzuhören. Drei Viertel der 33 Milliarden US-Dollar für den "War on Drugs", werden für Strafverfolgung ausgegeben. Ein Viertel aller Insassen in den US-Gefängnissen (Bund oder Staat) sitzen wegen eines Drogendelikt ein (40 Prozent davon wegen Besitz von Cannabis), ca. eine halbe Million Menschen der mittlerweile über zwei Millionen hinter Gittern.

Im "Land of the Free" sitzen ungefähr zehn Mal so viel Menschen im Gefängnis (800 von 100.000) wie in den anderen Industriestaaten (Deutschland 70 von 100.000). Im Zusammenhang mit Drogenbesitz und -handel gibt es in den meisten US-Bundesstaaten keine Bewährungsstrafen oder Begnadigung, auch sprechen in manchen Bundesstaaten StrafverfolgerInnen - nicht RichterInnen - mehrjährige Gefängnisstrafen aus.

Dabei tritt ein unverhohlen rassistisches System zu Tage: Unter den Angehörigen der verschiedenen Hautfarben ist kein auffälliger Unterschied im Drogenkonsum zu verzeichnen. Aber die rund ein Jahrhundert alten Vorurteile der unter Drogen stehenden "sex mad negroes" und "cocaine niggers" haben überlebt. Das Sentencing Project, eine Lobbygruppe in den USA, die für eine Reform der Kriminaljustiz eintritt, hält fest: 13 Prozent der monatlichen DrogenkonsumentInnen haben eine schwarze Hautfarbe, aber 35 Prozent der wegen Drogenbesitzes Verhafteten, 55 Prozent der wegen Drogen Verurteilten und 74 Prozent der wegen Drogen mit Haftstrafen Belegten sind Schwarze.

Auch wenn die USA zwar quantitativ den "War on Drugs" auf die Spitze

treiben, darf nicht vergessen werden, dass andere Staatsführungen den "Drogendämon" ebenfalls liebend gern als Kontroll- und Repressionsanlass bemühen - in etlichen Staaten steht die Todesstrafe auf Drogenhandel. In Deutschland sitzen schätzungsweise rund 14 Prozent der Gefängnisinsassen wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz ein. Mit der traditionellen rassistischen Propaganda "Wer hat Angst vorm schwarzen Mann" wird die hysterisierte Gefahr durch Drogen auf die fruchtbare Saat der Fremdenfeindlichkeit aufgesetzt und gegen "ausländische Drogendealer" gehetzt. Die menschenverachtende und mindestens in einem Fall tödliche Praxis der Brechmittelvergabe für vermeintliche Drogenzwischenhändler, die verschluckte Drogenvorräte auskotzen sollen, findet als "Abschreckung" nicht wenig Beifall in der Bevölkerung.

Eskalation im Anti-Terror-Krieg

Der eingangs erwähnte Fall der Piloten auf Speed in Afghanistan, die von der US-Air-Force gebilligt der üblichen Einnahme von Amphetaminen aus dem Bordvorrat gefrönt hatten, schlug einige Wellen in der US-öffentlichkeit. Wie könne die Air Force den Konsum von Speed propagieren, wenn ansonsten die gesamte Nation in einen "War on Drugs" verwickelt war, lautete die Frage. Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Im "Kreuzzug" gegen das Böse sind alle Mittel erlaubt. Im Kontext der Bedrohung von Aussen, zu dem sich seit Ende des Kalten Krieges der "Islamische Fundamentalismus" gesellte, passten die Anschläge vom 11. September 2001 ohnehin und sie kamen wie gerufen für den "War on Drugs", der Ende der 1990er Jahre in eine Legitimationskrise geraten war.

Der Leiter der Drug Enforcement Agency (DEA) hatte damals eingestanden, dass der Drogenfluss in die Staaten unaufhaltbar sei. Der Erfolg des Spielfilms *The Traffic*, der einen ernüchternden Blick auf die Realität und Misserfolge des Drogenkriegs in den USA und Mexiko warf, galt als Zeichen für das Ermüden der Bevölkerung im permanenten Kriegszustand. Die konkrete Bedrohung durch Terroristen, die Zutat des "clash of civilizations" und das Schreckgespenst des "serious drug evil" sahen aber alsbald eine neue Wortschöpfung: "Narcoterrorism". Die Taliban in Afghanistan im Verbund mit Bin Laden griffen auf die Drogengelder aus dem Opium- und Heroinhandel zurück, berichtete das DEA. Das Transnational Institute aus Amsterdam befürchtet vor diesem Hintergrund: "Die Anti-Terroristen-Strategie hinsichtlich Drogen bedeutet: Weniger Drogen heisst weniger Ressourcen für Terroristen. Daraus folgt, dass der Anti-Terror-Krieg notwendigerweise den ‚War on Drugs‘ eskalieren wird."

4. Teil: Perspektiven internationaler Drogenpolitik

Man stelle sich vor: Durch einen UN-Beschluss würde Alkohol verboten und Cannabis erlaubt. Ein UN-Programm in Deutschland würde beginnen, die Bauern davon zu überzeugen, Cannabis anstelle von Hopfen und Wein anzubauen; die Vereinten Nationen würden sogar das entsprechende Saatgut liefern.

Zeigten sich die Landwirte allerdings unwillig, würden Polizeieinheiten kommen, um die Pflanzen zu vernichten oder Flugzeuge würden Chemikalien auf die Felder und Weinhänge abwerfen. Undenkbar. Unter anderen Vorzeichen ist dies jedoch Alltag in den Ländern des Südens; geschuldet der dominierenden Ideologie, die behauptet, dass es "gute" und "böse" Drogen gibt.

Die Debatte um den Tod von Laya-Alama Conde, der Anfang Januar in Bremen an den Folgen eines staatlichen Brechmitteleinsatzes starb, sagt

einiges über den Stand der Drogendiskussion in Deutschland aus: In der medialen Öffentlichkeit ging die Auseinandersetzung vornehmlich um die Angemessenheit von Brechmitteln, um Folter, die Verfehlungen der Ärzte und den Zynismus des Bremer Innensenators. Einig war man sich darüber, dass es sich bei dem 35-jährigen Verstorbenen um einen Verbrecher handelt. Die Tatsache, dass er als Dealer eine notwendige Funktion in einer Drogengesellschaft erfüllte, wurde äusserst einseitig gesehen.

Conde verdiente sein Geld damit, eine Nachfrage zu bedienen. Im herrschenden Verständnis ist er als Anbieter einer Droge schuld daran, dass Menschen Drogen nehmen. Die Konsumenten von Cannabis, Speed, Ecstasy, LSD, Kokain und Heroin, die ihr Rauschmittel auf der Strasse kaufen müssen, erscheinen in dieser Sichtweise als willenlose Wesen, die von Dealern durch deren pure Anwesenheit dazu verführt werden, Drogen zu kaufen und zu nehmen - ein eigenmächtiges Handeln der User, ein Wille zum Drogenkonsum kommt in diesem Denken nicht vor.

Die Realität wird ausgeblendet

Diese naive Sicht verschliesst die Augen vor der Realität. Der Konsum von illegalisierten Drogen findet alltäglich statt und vor allem Cannabis ist mittlerweile zu einer in weiten Kreisen akzeptierten Droge geworden. Die staatliche Akzeptanz des Eigenbedarfs von Cannabis als provisorische Regelung wird von der Konsumentengemeinde als Quasi-Legalisierung verstanden. Strafen wegen Cannabiskonsum werden zwar gemeinhin als Unrecht empfunden, aber als Kollateralschäden einer unglaublichen Drogenpolitik gesehen und hingenommen.

Es wird sich also mit dem System arrangiert und ein pragmatischer Umgang mit der bundesdeutschen Drogenpolitik gepflegt. Zwar gibt es einiges Engagement für die Freigabe von Cannabis (Hanfparade etc.), doch entspringt es eher persönlichen Befindlichkeiten als einer grundlegenden Kritik an der herrschenden Drogenpolitik. Aus Reihen der Restlinken ist wenig zum Thema Drogen zu hören. Eine Auseinandersetzung mit dem Problem Alkoholismus in der "Szene" findet nicht statt. Ganz im Gegenteil: Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten setzt die Szene auf hemmungsloses Saufen auf zahlreichen Soli-Partys. Kritische Drogenpolitik findet theoretisch im akademischen Bereich statt und es gibt progressive Ansätze in diversen Drogen-Nichtregierungsorganisationen.

Seit Beginn der 1980er Jahre wurde der Ruf nach einer Neuausrichtung der internationalen Drogenpolitik lauter. Ursprünglich plädierten Einzelpersonen und NGOs für einen Ansatz der "Harm Reduction" (Schadensminderung), um der Ausbreitung von AIDS und Hepatitis unter Heroinkonsumenten zu begegnen. Mit Bereitstellung von sterilen Spritzen und der Einrichtung von Druckräumen sollten die Folgen des Drogenkonsums und seiner Verfolgung abgefedert werden. Dazu gesellte sich die Forderung nach Legalisierung des medizinischen Gebrauchs von Cannabis, z.B. für AIDS- und Krebskranke. Nach und nach richtete sich der Focus der Harm Reduction nicht nur auf die Nachfrage-Seite des "Drogenproblems", sondern auch auf die Angebots-Seite: Die Folgen der Feldernichtung in den Anbauländern, zum Teil mit umstrittenen Herbiziden, liess die Stimmen noch lauter werden, die meinen, dass der Schaden der Drogenprohibition den Nutzen überwiege.

So ist das Prohibitionsmodell in den letzten Jahren etwas ins Wanken geraten: Den "zero tolerance"-Ländern (mit den USA, Schweden, Japan, Russland und China an der Spitze) steht eine wachsende Anzahl von Ländern gegenüber, die verschiedene nationale Massnahmen für einen anderen Umgang mit dem "Drogenproblem" ergriffen haben. In den Niederlanden, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Portugal, Spanien, Deutschland, Australien, Kanada wird heutzutage in verschiedener Form der

private Cannabisbesitz toleriert, einige dieser Länder prüfen, ob Cannabis für medizinische Zwecke nutzbar ist; es werden Druckräume eingerichtet und sterile Spritzen vergeben (auch in Gefängnissen); Heroinabhängigkeit wird mit Methadonprogrammen begegnet; in Grossbritannien und der Schweiz wird seit Jahren Heroin an Schwerstabhängige vergeben.

Schaden übersteigt Nutzen

Doch geben sich die orthodoxen DrogenpolitikerInnen längst nicht geschlagen. Beispielsweise begrüsst der damalige Präsident des UN-Suchtstoffkontrollrats (INCB), Philip O. Emafo, 2002 zwar die Versorgung und Rehabilitation von Drogenabhängigen. Doch hielt er die Ausgabe von sterilen Nadeln und die Bereitstellung von Druckräumen für eine Aufforderung zum Drogenkonsum und lehnte deshalb das Konzept der Harm Reduction ab. Dabei handelt es sich um mittlerweile akzeptierte Methoden der Weltgesundheitsbehörde und des UN-Entwicklungsprogramms. Ein anderer Streitpunkt ist die Auslegung des Passus über den "medizinischen und wissenschaftlichen Gebrauch" in den diversen UN-Drogenkonventionen.

Das INCB behauptet, dass es keine "überzeugende" Untersuchung gäbe, die Cannabis medizinischen Nutzen zuspräche. So erhalten Staaten, die den Besitz von Cannabis für private Zwecke entkriminalisieren, im jährlichen Bericht schlechte Noten. Als Zeichen des Einzugs der Rationalität in die Drogendebatte mag daher gelten, dass vom INCB gescholtene Staaten nicht mehr versuchen, sich verschämt zu verstecken. Die Regierung Grossbritanniens äusserte Missfallen an der Position des INCB gegenüber der liberaleren Neubewertung von Cannabis durch das britische Unterhaus im Jahr 2003: Anstoss erregte "vor allem die alarmierende Sprache, die Abwesenheit von irgendeinem Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse auf der die Entscheidung basierte und die irreführende Darstellung, in der die Entscheidung vom INCB in den Medien dargestellt wurde".

Eine Neuausrichtung internationaler Drogenpolitik kann nur durch den Druck von einflussreichen Staaten vorangetrieben werden. Auf internationaler Ebene bestünde die Möglichkeit, die UN-Drogenkonventionen auszuhebeln bzw. neu zu fassen. Da wenige Länder durch ihr Veto solch eine legalistische Reform der Drogenpolitik stoppen könnten, scheint diese Option angesichts der dogmatischen Haltung bedeutender Staaten in naher Zukunft höchst unwahrscheinlich. Das Szenario einer weltweiten Legalisierung des Konsums und Anbaus von jetzt illegalisierten Drogen wird so schnell also nicht eintreten. Sollte es aber eines Tages der Fall sein, wäre es denkbar, dass der Anbau und Vertrieb von Drogen durch nationale Gesetzgebungen reguliert würden. Sie könnten in den einzelnen Staaten von völliger Freigabe bis zur Prohibition variieren. Die Schattenökonomie des Drogenhandels mit seinen kriminellen und gewalttätigen Erscheinungen würde in Folge eines legalen Handels von Drogen und dem Sinken der Preise zusammenbrechen. Im Sinne einer Regulierung könnten Altersgrenzen und Werbeverbote für Drogen eingeführt werden.

Die Wahrheit über das deutsche Reinheitsgebot

Doch welche Regierungen würden die Legalisierung von Drogen betreiben, angesichts der vorausgegangen jahrzehntelangen ideologischen Hetze? Politische Parteien verfolgen das Ziel der Wiederwahl. Grosse Teile des Wahlvolks wären verunsichert und erbost, würden "kulturfremde" und "böse" Drogen legalisiert. In Deutschland war 1998 in den Parteiprogrammen von SPD und Grünen von einem Überdenken der Drogenpolitik und wenigstens der Freigabe von Cannabisprodukten die Rede. Doch auch in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung ist hinsichtlich dieser Ankündigung nichts Nennenswertes

passiert.

Im Dezember vergangenen Jahres billigte das EU-Parlament ein Papier aus dem linken Lager, das die europäische Drogenpolitik für gescheitert erklärte und Empfehlungen für die zukünftige europäische Drogenpolitik gab. Es forderte einen weniger ideologiebeladenen und stärker faktenorientierten Umgang mit der Drogenproblematik. Ob ein solches Grundsatzpapier die Politik der EU in den nächsten Jahren tatsächlich prägen kann, bleibt abzuwarten. Sicher ist, dass für eine mögliche liberale Drogenpolitik der EU ihre wirtschaftliche Stärke eine Rolle spielen wird, denn die ökonomische Sanktionsmacht der USA ist nach wie vor immens. Nur wenn die Industriestaaten, die eine regulierte Legalisierung vorantreiben, wirtschaftlichen Rückhalt bieten können, werden "Entwicklungsländer" sich dem Vorgehen der EU anschließen. Der Konflikt zwischen bestimmten europäischen Staaten und der USA könnte sich so auch in der Drogenpolitik niederschlagen.

Warum illegalisierte Drogen nicht als profit- und steuerträchtige Konsumgüter erlaubt sind, wirkt in der marktwirtschaftlichen Logik auf den ersten Blick seltsam. Diese Serie hat versucht zu zeigen, dass angesichts der Höhe der Opfer von Alkohol und Nikotin die Sorge um die Folgen des illegalisierten Drogenkonsums unglaublich ist. Vielmehr wird eine rationale Auseinandersetzung ideologisch begründet verweigert. Denn von verschiedenen Seiten aus besteht wenig Interesse daran, das herrschende Prohibitionssystem aufzuheben, da es für Viele Arbeit und Einkommen bedeutet. Machtpolitisch gesehen, muss Drogenhandel verboten bleiben, denn er ist wichtiger Bestandteil von (Bürger-)Kriegsökonomien. Gleichzeitig dient der "Drogendämon" als ideologisches Rüstzeug, mit dem sich der ausufernde Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsapparat legitimieren lässt. Der "War on Drugs" passt als präventive Aufstandsbekämpfung den meisten Regierenden in ihr Konzept.

Eine weitere Rolle dürfte die Angst vor dem Unbekannten spielen: Viele PolitikerInnen und BürgerInnen haben sich bislang nur mit der "Kulturdroge" Alkohol berauscht; die Wirkungen von Opiaten, Amphetaminen, Kokaprodukten, Halluzinogenen und Cannabis sind ihnen unheimlich. Die Geisteszustände, die ihnen nicht kontrollierbar erscheinen und zuweilen unziemliche, kreative oder gar kritische Gedanken hervorrufen, werden von ihnen als gefährlich empfunden.

Chancen für eine Neuausrichtung

Vielleicht enthüllt ein Blick in die Geschichte den dominierenden Hintersinn der heutigen Drogenkontrolle: Als 1516 das viel gelobte deutsche Reinheitsgebot für Bier erlassen wurde, war das Getränk ein fester Bestandteil der Lebensmittelpalette. Sogar Kinder bekamen Biersuppe und die Mönche griffen vor allem in der Fastenzeit auf den Gerstensaft zurück. Heutzutage denkt man beim Reinheitsgebot an chemische Beisätze wie Farbstoffe, genmanipulierte Gerste oder Hopfen.

Damals bezog sich das Reinheitsgebot auf das benutzte Wasser, regelte die Höhe des Alkoholgehalts und verbot die Beimischung von Kräutern (z.B. Bilsenkraut), die den Alkoholrausch psychoaktiv ergänzten. Manches Gebräu hatte in seiner Wirkung immer wieder (kollektive) Vergiftungen hervorgerufen oder wiederholt so lang anhaltende Rauschzustände hervorgerufen, dass es in der Folge zu regionalen Ernteausschlägen kam. Die feudalen Fürsten, die das Gebot erließen, waren tatsächlich um das körperliche Wohl ihrer Leibeigenen besorgt. Hauptsächlich aber aus Angst vor eigenen finanziellen Verlusten durch ausbleibende Abgaben. Der Bier-bedingte Schaden des "Humankapitals" brachte Einbußen mit sich, die sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Aristokratie und des Klerus auswirkten. Der Erhalt der "Volks Gesundheit" findet sich als Motiv in der

Idee der heutigen Drogenpolitik wieder: Reibungslose Kontrolle und Verwertung des Humankapitals.

Quelle: *ak - analyse + kritik*
- Zeitung für linke Debatte und Praxis -

Hier veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Autors Lorenz Matzat